

Preis: Spende. Was hast du so dabei? 50 Cent?
1 Euro wäre cool. Aber 30 Cent reichen auch.

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 16

STREIK!



...ist die Antwort. Was war die Frage?



Sozialabbau in der BRD

Seite 2



Repression in Tschechien

Seite 4



Wahlen in Palästina

Seite 7

www.onesolutionrevolution.de

ONE SOLUTION: REVOLUTION!

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine Weltrevolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

REVOLUTION Berlin

Treffen jeden Sonntag um 15 Uhr im Kiezladen, Dunckerstraße 14 S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de

REVOLUTION Bundesweit

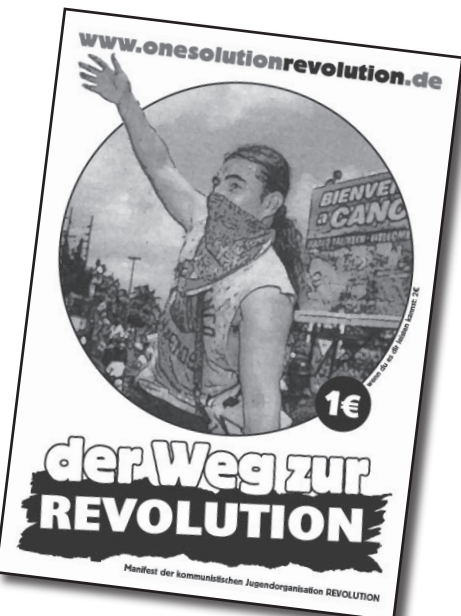
bernau@onesolutionrevolution.de
kassel@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de
wolfsburg@onesolutionrevolution.de

ViSdP: R. Müller, Hamburg

Ein paar Worte vom Layoutierer...

Willkommen in der ersten minimalistischen Ausgabe von REVOLUTION. Die Ereignisse des März – Demos zum Tag der Politischen Gefangenen, Aktionen für Mário Bango, die zweite Konferenz unserer Organisation – liessen uns wenig Zeit für diese Zeitung übrig. Auf der Revo-Konferenz wurde ein neues Redaktionskollektiv gewählt, das beauftragt wurde, mit der nächsten Nummer zu einem schicken Layout zurückzukehren.

Berlin, den 21. März 2006



Das Manifest von REVOLUTION
A5-Broschüre mit 24 Seiten – 1 €

Nach Hause, Arbeitsloser!

Neue Sozialabbaumaßnahmen betreffen v.a Jugendliche

Die ersten Änderungen an der Hartz-IV-Gesetzgebung wurden diesen Monat beschlossen. Arbeitslose unter 25 müssen nun genau darlegen, warum sie von zu Hause ausziehen wollen. Der arbeitslose Jugendliche darf nicht selber entscheiden, ob er/sie eine eigene Wohnung haben will. Gleichzeitig wurde der Grundbetrag Ost auf Westniveau angeglichen, eine Erhöhung um 11 € für die Betroffenen. Ein Abgeordneter der Linkspartei fand im Bundestag einen recht treffenden Vergleich: So dürfen Jugendliche zwar am Hindukusch für die Bundeswehr dienen, aber ein Recht auf eine eigene Haushaltsführung bleibt ihnen verwehrt.

Von nun an muss der/die Arbeitslose beweisen, dass die Lebensverhältnisse bei den Eltern für ihn/sie unzumutbar sind. Welcher Grad an Zerrüttung oder sozialer Katastrophe ihm/ihr das Recht zur Selbständigkeit gewährt, bleibt den Mühlen der Bürokratie, den einzelnen Ämtern und Sachbearbeitern vorbehalten. Von nun an wird geprüft, ob ein Jugendlicher ausziehen darf, gleichzeitig wird auch der Höchstbeitrag für zu Hause lebende Arbeitslose gesenkt – auf knapp 270 €!

Wie auch bei den weiter bestehenden Hartz-Gesetzen versucht der Staat, die Kosten der Arbeitslosigkeit zu senken und auf die Familien und Lebensgemeinschaften zuwälzen. Schon als Mitglied einer „Bedarfsgemeinschaft“ wurden die Kinder und deren Versicherungen und Einkommen voll miteingerechnet, auch ihre Vermögenswerte werden nun von der Agentur kontrolliert und ggf. für die Berechnung des Arbeitslosengeldes der Eltern mit herangezogen.

Gerade schulpflichtige Kinder und Kinder Alleinerziehender waren bislang die größten Opfer dieser Hartz Gesetze. Jede Kürzung von sozialen Leistungen trifft besonders die Schwächsten der Familie und das sind meistens die Kinder – daher leben auch mehr als eine Million von ihnen unterhalb der Armutsgrenze.

Mit dieser Änderung beschneidet die Große Koalition die Rechte von allen Arbeitslosen unter 25, allen Auszubildenden und allen SchülerInnen, die zukünftig von diesen Gesetzen betroffen sind. Nach einer Schul- oder Berufsausbildung haben Jugendliche kein Anrecht auf eine eigenständige Haushaltsführung. Die Jugendlichen werden ihrer eigenen Verwertbarkeit untergeordnet: haben sie einen Job, können sie eine eigene Wohnung mieten; sind sie arbeitslos, müssen sie zu Hause bleiben.

Ins Armenhaus, Renter!

Aber auch auf der anderen Seite der Demographie betreibt die Große Koalition Sozialabbau. Erleben die RentnerInnen in diesem Jahr die faktisch vierte Rentenkürzung in Folge, werden zukünftige RentnerInnen erst ab 67 in den Ruhestand gehen können. Der Re-

negat Müntefering zeigte seinen entschlossenen Willen, den Kapitalisten zu dienen, indem er möglichst früh die Rente ab 67 einführen will. Gerade in diesen Fragen müssen wir politische Solidarität üben – so schwer das mit manchen Rentnerorganisationen auch fallen mag – denn in der Frage des Sozialabbaus dürfen sich die Generationen nicht durch Anie & Münte spalten lassen.

Jede Rentendiskussion ist auch für die Jugend wichtig. Hier und heute wird entschieden wie wir später einmal im Alter leben können, wie viel Rente wir tatsächlich bekommen, welche Kranken- und Pflegeversicherung wir brauchen, usw. Jede/r, der/die schon heute mal einen Blick in ein staatliches Pflegeheim werfen durfte, weiß, unter welchen erbärmlichen Bedingungen viele alte Menschen leben müssen.

Die „Politik aus einem Guss“, die uns Kanzlerin Merkel versprochen hatte, wird nun neoliberale Realität – untermalt von freundlichen Kommentaren des SPD-Vorsitzenden Platzeck, der inhaltlich anscheinend keine Position hat, solange er freundlich in die Kameras schauen darf.

Zu Aldi, Konsument!

Neben den Kürzungen bei Hartz IV für Jugendliche und dem Angriff auf die staatliche Rentenversicherung steht die Mehrwertsteuererhöhung für 2007 an. Mit Mehreinnahmen von ca. 18 Milliarden € wird der Umbau des Staates finanziert, eine weitere Verteilung von unten nach oben forciert. Die Mehreinnahmen werden natürlich nicht für dringend notwendige Investitionen wie Pflege oder Ausbildung eingesetzt, sondern dienen eher zum Aufbau einer flexiblen Bundeswehr und zur Schuldentilgung bei privaten Bankkonzernen. Besonders diese Erhöhung der direkten Steuern trifft hauptsächlich die Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentner. Zwar dürfen sie weiterhin für den gleichen Steuersatz bei Aldi Lebensmittel kaufen, doch alles was außerhalb dieser biologischen Reproduktion liegt wird teurer für die unteren Klassen der Gesellschaft. Dadurch wird ihnen der Zugang zum sozialen Leben weiter erschwert – wenn man nur noch essen und trinken kann bleibt man meistens auch zu Hause.

Das sollen die jugendlichen Arbeitslosen auch, ohne Recht auf eigene Lebensführung. Natürlich machen wir uns nichts vor: Wirklich selbstbestimmtes Leben ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich und Hartz IV stellt keinen wirklichen Anreiz zur Selbständigkeit dar. Das dies jetzt aber noch schwieriger als zur Zeit der Sozialhilfe gestaltet ist, muss den entschlossenen Widerstand der jungen GewerkschaftlerInnen, jungen AktivistInnen und SchülerInnen hervorrufen.

von Lothar aus Kassel

Alle Räder stehen still...

Streiks in ganz Europa gegen Arbeitszeitverlängerung, Sozialabbau und Privatisierung

Streik in Deutschland!

Seit Anfang Februar ist Streik das Schlagwort, wenn es um den öffentlichen Dienst geht. In elf Bundesländern haben die Gewerkschaften zum Arbeitskampf aufgerufen. Grund dafür ist die Forderung der Länder und Kommunen, die Wochenarbeitszeit der ArbeiterInnen von 38,5 auf 40 Stunden zu erhöhen. Auch das Weihnachts- und Urlaubsgeld wird in Frage gestellt. Die 40 Stunden pro Woche, das wären ja nur 18 Minuten mehr pro Tag, sagen die Arbeitgebervertreter und grinsen in die Kameras. Doch sagen sie nicht, dass damit etwa 400.000 Arbeitsplätze vollkommen überflüssig würden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass bei den Abstimmungen durchschnittlich 95 % der Beschäftigten für den Streik stimmten.

Die beeindruckte Gegenseite griff in einigen Städten sogar zu illegalen Methoden: Ein-Euro-Jobber wurden zum Streikbruch gezwungen! Dies ist zwar nach geltendem Recht unzulässig, doch nur wer seine Rechte genau kennt, weiß sie auch durchzusetzen. ALG-II-EmpfängerInnen, deren Bezüge ohnehin auf ein Minimum reduziert sind, können es sich nicht leisten eine, wenn auch „nur“ bis zum Urteil währende Leistungskürzung abzubekommen.

Der Begriff „Lohnsklave“ bekommt hier seine eindeutige Bestätigung.

Die Gewerkschaftsführer der Lohnsklaven im öffentlichen Dienst werden jedoch auch diesen Streik verkaufen. Wer wirklich ein Interesse an einem erfolgreichen Abwehrkampf hat, geht nicht mit der Forderung der Beibehaltung der 38,5-Stunden in die Verhandlungen! Ein weiterer Beweis dafür, dass die ver.di-Bonzen mehr am „nationalen“ Wohl interessiert sind als an dem der Mitglieder, zeigt der hamburger Abschluss, der jüngeren ArbeiterInnen die 40-Stunden-Woche bescherte. Die gewählte „flexible“ Streiktaktik bedeutet, dass nur ein Bruchteil der Beschäftigten gleichzeitig streikt. Auch wenn es in den Medien anders vermittelt wird, der „größte“ Streik in der Geschichte der BRD“ beißt weit hinter den Möglichkeiten der Gewerkschaft zurück.

Notwendig war und ist verstärkter Widerstand.



Wenn die Streiks ausgeweitet werden und der gesamte öffentliche Dienst stillsteht, wenn dieser Kampf mit anderen Arbeitskämpfen in der Privatwirtschaft (z.B. der Tarifaueinwanderung in der Metallindustrie) verbunden wird, können die „Arbeitgeber“ nicht lange lamentieren und müssen sich beugen! Dann wäre es möglich, die Arbeitszeit Aller nicht nur beizubehalten sondern sogar noch zu verkürzen.

Streik in Frankreich!

Die Universität Sorbonne war erneut besetzt – wie schon im Mai 1968 als die französischen StudentInnen mit den ArbeiterInnen die de-Gaulle-Regierung kurzzeitig entmachten, so dass diese nach Deutschland floh. Auch wegen dieses Symbolcharakters wurde die Universität von der Spezialeinheit CRS gestürmt. Gut, den 68er Umfang haben die jetzigen Proteste (noch!) nicht, aber dennoch: Die französische Jugend geht dieser Zeit auf die Barrikaden. Nach den Aufständen der Jugend in den Banlieus gegen die unzumutbaren Zustände, richtet sich der aktuelle Widerstand nun gegen das CPE-Gesetz von Premierminister de Villepin.

Der „Contrat première embauche“, der „Erstanstellungsvertrag“, soll angeblich ein adäquates Mittel zur Senkung der hohen Jugendarbeitslosigkeit sein. Die liegt bei 20 Prozent, in einigen Gegenden sogar bei 40 Prozent.

Doch die Einführung des CPE ist keine karitative Maßnahme sondern ein direkter Angriff auf den Kündigungsschutz. Er erlaubt nämlich die Kündigung von jungen ArbeiterInnen innerhalb der ersten 24 Monate – ohne Angabe von Gründen.

Auf diesen Angriff antworteten die SchülerInnen und StudentInnen, dann auch die Gewerkschaften mit massenhaften Protesten. Hunderttausende gingen auf die Straße, unzählige Universitäten und Schulen wurden besetzt.

Doch de Villepin erfüllte dem Kapital den großen Wunsch und drückte das Gesetz durch. Auch mit massivem Polizeieinsatz, dem u.a. der Gewerkschaftsaktivist Cyril Ferez zum Opfer fiel. Er liegt bis heute im Koma.

Die jungen WiderständlerInnen lassen sich nicht unterkriegen. Sie fordern die sofortige Zurücknahme des Gesetzes und unterstreichen ihre Forderung mit Millionenprotesten. Die Gewerkschaften haben einen eintägigen Generalstreik angekündigt, aber gleichzeitig ihren Wunsch nach Schlichtung bekräftigt.

Wenn neben den 70 Unis und 800 Schulen auch die Fabriken besetzt würden, hätten de Villepin, die CRS und der ganze französische Kapitalismus düstere Aussichten...

Streik europaweit!

Wozu ein Streik führen kann, zeigen die Proteste gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie Port Package 2 (PP2).

Nachdem schon 2003 Port Package 1 am Widerstand der HafenerbeiterInnen gescheitert war, wurde ein neuer Versuch gestartet, die Häfen Europas der Markt(un)logik anzupassen. PP2 hätte eine enorme Verschlechterung der Situation der HafenerbeiterInnen bedeutet, weil Schiffsbesatzung dadurch zu Dumpinglöhnen und ohne gesicherten Arbeitsverhältnisse das Be- und Entladen selbst übernommen hätten.

Auf einer Konferenz der europäischen gewerkschaftlichen Dachverbände ETF und IDC wurde ein mehrwöchiger Aktionsplan festgelegt. Die ETF und IDC repräsentieren zusammen die ArbeiterInnen von ungefähr 100 europäischen Häfen. Der Plan war, dass die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF), zu der auch Ver.di und einige Hafenerbeitergewerkschaften in Belgien gehören, am 11. Januar die Arbeit niederlegen. Das International Dockworker Council (IDC) rief auf zu einen 48-stündigen Streik am 16. Januar, zwei Tage vor der Entscheidung der EU.

Dem IDC gehören die großen französischen, spanischen und griechischen Hafenerbeitergewerkschaften an. Dadurch, dass der Streik international koordiniert war, konnte gesichert werden, dass das Verladen nicht auf andere Häfen übergang.

Am 16. Januar gab es zugleich eine Massendemonstration mit ca. 8000 HafenerbeiterInnen durch Straßburg bis vor den Sitz des Europäischen Parlaments. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen nicht wenige der Glasscheiben des Parlamentsgebäudes zu Bruch gingen. Der Druck auf das EU-Parlament war enorm. So stimmten die Parlamentarier mit einer großen Mehrheit von 532 zu 120 Stimmen gegen den Vorschlag.

Damit ist die Richtlinie zwar zunächst vom Tisch, aber ein neuer Vorschlag kann jederzeit eingereicht werden. Wie darauf seitens der HafenerbeiterInnen reagiert werden muss, lässt sich mit dem letzten Satz des Aktionsplanes der beiden Dachverbände beantworten: „Jede weitere, für die Hafenerbeiter inakzeptable Initiative, wird mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft werden.“

Die Port-Package-Proteste zeigen, dass ein internationaler Streik möglich ist; dass eine komplette Arbeitsniederlegung, verbunden mit militanten Aktionen die Sozialabbau-Pläne der Herrschenden zunichte machen kann. In diesem Licht wirken die gewerkschaftlichen Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie – lahme Demonstrationen ohne Streiks – einfach nur lächerlich.

Nur wenn wirklich alle Räder stillstehen müssen die Herrschenden unsere Forderungen erfüllen.

von Jalava aus Kreuzberg

Tanzen verboten!

Seit dem Polizeiübergriff auf das Czechtek im letzten Juli und dem Verbotsverfahren gegen die Jugendorganisation der kommunistischen Partei „Komsomol“ (KSM) muss sich der Blick des am Thema Repression Interessierten auch in die Tschechische Republik wenden. So sehr sich die verschiedenen Fälle von staatlicher Repression international auch unterscheiden, alle Beispiele zeigen uns deutlich, wie Repression mit dem Schutz des bestehenden Systems einhergehen.

Brutaler Angriff

Es wurde schon beinahe zur Tradition, dass sich Ende Juli mehrere tausend Jugendliche zu einem riesigen internationalen Techno-Festival – dem Czechtek – irgendwo in der Pampa in Tschechien trafen. Das Czechtek, ein unkommerzielles Festival ohne jeden Eintritt, ohne jegliche finanzielle oder logistische Beteiligung von Firmen ist ganz einfach ein Festival von Jugendlichen der Techno-Community. Bis 2005 wurde das Czechtek mehr oder weniger illegal organisiert, d.h. ohne Anmeldung, ohne Kontrolle durch den Staat und ohne Rücksichtnahme auf die Besitzer der Felder.

Bereits 2004 griff die Polizei einen Tag nach (!) dem Festival die Leute an, die das Partygelände aufräumten. Wie immer regte sich die gesamte bürgerliche Presse darüber auf, dass die Polizei das Festival nicht schon beim Bekanntwerden des diesjährigen Veranstaltungsortes von vorn herein unterbunden hatte. Wahrscheinlich um eine solche Situation zu vermeiden, entschieden sich die Organisatoren des Czechtek 2005 dafür, einen Platz fuer das Festival zu mieten. Trotz dieser Tatsache wurde die Polizei schon mehrere Tage vor Beginn des Czechtek instruiert, das Festival zu zerschlagen.

Polizeilicher Einfallsreichtum

Durch die Polizei waren nicht nur Gewalt, sondern auch alle Arten von Lügen, Medienpropaganda und illegalen Methoden im Spiel. Die erste Angabe für die Gründe des Übergriffs – nämlich, dass der Besitzer des Feldes vom Mietvertrag zurückgetreten sei – wurde später von den Organisatoren als Lüge entlarvt, aber von der Polizei durch die nächste ersetzt. Nun hiess es, dass nicht genügend Toiletten auf dem Gelände gewesen wären und damit Hygienevorschriften nicht eingehalten wurden – aber es war gerade die Polizei, die schon am ersten Tag den Zufahrtsweg fuer den Transporter mit den Dixi-Klos blockierte. Am Ende legitimierte die Polizei ihren Einsatz mit dem Vorwurf, dass einige TeilnehmerInnen die Grenze des gemieteten Geländes überschritten (obwohl sie doch die Existenz eines Mietvertrages leugneten...) und nun auf ungemieteten Areal getanzt hätten. Der Polizeiangriff mit Wasserwerfern, Gaspatronen und Räumfahrzeugen kann mit den Angriffen auf grosse antikapitalistischen Demonstrationen verglichen werden und hatte hunderte Verletzte zur Folge. Mehrere



Politische Ziele ebenfalls!
Über staatliche Repression in der
tschechischen Republik

dutzend TeilnehmerInnen einer friedlichen Technoparty mussten aufgrund des äußerst brutalen Vorgehens der Polizei ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Einen Monat nach dem Übergriff der Polizei auf das Czechtek konnte in Südwest-Böhmen ein grosses „Blood and Honour“-Konzert mit über 500 Nazis unbehelligt stattfinden. Obwohl „Sieg Heil“-Rufe und Rudolf Hess verherrlichende Texte deutlich zu verstehen waren (nachvollziehbar auf allen Tschechischen Fernsehsendern), griff die Polizei nicht ein – im Gegenteil: alle Nazis konnten das Konzert in Ruhe und zufrieden verlassen.

Staat macht aus Nazis Kommunisten

Es hagelte scharfe Kritik an der Polizei und an Innenminister Bublan. Darauf antwortete Bublan mit dem Versprechen, dass die „Polizei nun härter durchgreifen und eine neue Herangehensweise entwickeln wird“. Wie sich zeigte, hatte er damit aber nicht Nazis im Kopf, sondern „Extremisten“, worunter er die gesamte Linke versteht. Natürlich hielt er sein Versprechen – im Dezember 2005 wurde die Kommunistische Jugend Union (KSM) unter Androhung ihres Verbots aufgefordert, ihr Statut zu ändern. Das lächerliche Argument dafür war, dass die KSM politische Ziele hat, dies aber nur für politische Parteien und nicht für Jugendorganisationen zulässig wäre. Natürlich sind die Jungen Sozialdemokraten, die Jungen Konservativen und die Jungen Christdemokraten genauso wenig von diesem Problem betroffen, wie etliche rechtsextreme Organisationen. Der Innenminister stellte der KSM ein Ultimatum von 60 Tagen, um ihr Statut von allen Punkten, die den Klassenkampf und die Veränderung des Systems berühren, zu säubern. Trotz dieser Frist gab es schon im Dezember Hausdurchsuchungen im Büro und in Privatwohnungen von KSM-AktivistInnen.

Grund dafür ist Profit

Warum greift die Polizei eine Party ohne jeden offenen politischen Inhalt an, und lässt gleichzeitig Nazis ihre Konzerte abhalten? Und warum bedeutet der „Kampf gegen Extremismus“ für den Staat den Kampf gegen

die radikale Linke? Die Antwort ist, dass beide – Technofans und KSM – auf ganz unterschiedliche Art und Weise das heute vorherrschende Profitsystem in Frage stellen, während die Nazis wichtige Beschützer dessen sind.

Im Fall von KSM ist das „Verbrechen“ klar – in ihrem Programm und durch ihre Aktionen drücken sie ganz klar ihre Ablehnung des Kapitalismus aus (wir lassen hier die politischen Fehler ihres stalinistischen Programms mal aussen vor). Die TeilnehmerInnen des Czechteks hingegen hatten überhaupt keinen Anspruch, gegen das System zu kämpfen, sondern wollten nur ihre eigene Party feiern. Aber die Idee des Czechteks steht schon im Widerspruch zu den wichtigsten Grundlagen des Kapitalismus: der Warenform und dem Profit. Es ist egal, ob du das Gelände gemietet hast oder nicht – wenn die Party keinen Profit für Firmen erwirtschaftet, wenn keine Steuern an den Staat oder Gebühren an die Urheber der Musik gezahlt werden, wenn du nicht nach den Regeln der Herrschenden tanzt, dann wirst du zum Terroristen, der mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Somit wird ein unkommerzielles Techno-Festival gefährlicher als ein kommerzielles Fascho-Konzert.

Die Liberalen (und die Hauptorganisatoren des Czechtek waren eben solche) sahen das Hauptproblem der Geschehnisse darin, dass der Polizeiübergriff illegal war bzw. nicht gerechtfertigt nach geltendem tschechischem Gesetz, und konzentrierten ihren Protest daher auf Auseinandersetzungen vor Gericht.

Es ist wichtig, sich bewusst zu werden, dass alle Gesetze, Ordnungen und Repressionen des kapitalistischen Staates nur der Sicherung des auf Privateigentum basierenden Systems dienen und dass die Begriffe „legal“ und „illegal“ heute „Profit“ und „den Kampf dagegen“ bedeuten. In der heutigen Gesellschaft sind Unabhängigkeit und Freiheit Verbrechen. Gerade deswegen müssen alle, die Freiheit und Unabhängigkeit wollen, den kapitalistischen Staat als verbrecherisch und als Grund unserer Unfreiheit ansehen und für seine Zerstörung kämpfen.

Nikola und Natalie aus Prag

Anarchismus?

„Anarchie“ – das bedeutet soviel wie „Herrschaftslosigkeit“. Kleinster gemeinsamer Nenner aller AnarchistInnen ist die radikale Ablehnung von Herrschaft und Hierarchie. Die Freiheit des Individuums steht im Mittelpunkt ihrer Ideen, und deswegen bezeichnen sich viele AnarchistInnen auch als „libertär“ („freiheitlich“).

Die anarchistischen Grundideen erfreuen sich vor allem bei Jugendlichen großer Beliebtheit, zumal es keine einheitlichen und festgelegten Theorien gibt, sondern viele verschiedene anarchistische Strömungen, deren Versatzstücke jede/r für sich anders interpretieren kann.

Meistens geht es dabei weniger um konkrete politische Forderungen als um eine allgemeine Lebenseinstellung und die Abgrenzung gegenüber Eltern, Schule und allen Formen der Autorität.

Besonders bei Punks und autonomen Antifa-Gruppen stößt man immer wieder auf anarchistische Symbolik – das rote A, die schwarze Fahne, usw. Deshalb wird der Streit zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen oftmals auf die Symbolik (ein roter Stern statt ein schwarzer Stern am Rucksack) und die Lautstärke der Parolen („Für den Kommunismus!“ statt „Für die Anarchie!“) reduziert.

In ihren Vorstellungen von einer zukünftigen Gesellschaft stimmen Anarchos und Kommis im Prinzip auch überein: Egal ob Kommunismus oder Anarchie – die Menschen sollen sich als freie und gleich Individuen gegenüberstehen und zusammenarbeiten, anstatt miteinander zu konkurrieren.

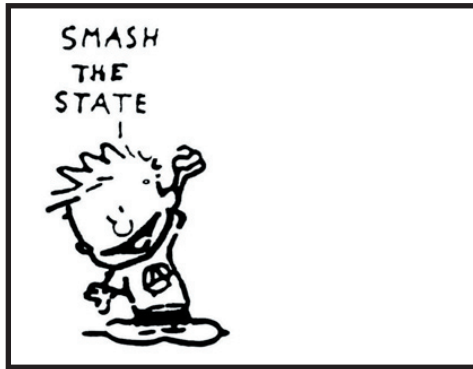
Die Frage, auf welchem Weg dieses Ziel erreicht werden soll, reißt jedoch tiefe Gräben zwischen beide Lager. In welchen wichtigen Punkten unterscheidet sich die anarchistische Strategie von der kommunistischen? Warum kann die anarchistische letztendlich nicht zur erwünschten freien Gesellschaft führen?

Die Ideen

Die politisch relevanteste Variante des Anarchismus ist der sog. Anarchokommunismus, der sich nach 1848 entwickelte. Durch den Erfolg des kommunistischen Manifestes innerhalb der internationalen Arbeiterschaft wurde der Anarchismus stark von Marx' Ideen und seiner wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus beeinflusst.

Der Anarchokommunismus beruft sich auch auf die Arbeiterklasse als treibende Kraft bei der Veränderung des Systems (im Gegensatz zu früheren anarchistischen Theorien, die jede Art von Klassenkampf ablehnten). Er geht davon aus, dass sich die ArbeiterInnen in Organisationen, die irgendwie ohne hierarchische Strukturen auskommen müssen, zusammenschließen und mit Massenaktionen, wie einem Generalstreik, die Macht von Staat und Kapital brechen.

Da wäre zum einen die sogenannte



„Staatsfrage“: Der Staat ist für die Anarchisten Inbegriff aller unterdrückerischen Autorität. Er steht der Verwirklichung ihrer Utopie im Wege – seine Zerstörung gilt daher für sie als wichtigster Schritt zur Befreiung der unterdrückten Massen.

Die Anarchisten wollen daher den Staat mit einer Revolution abschaffen und unverzüglich zur neuen, herrschaftsfreien Gesellschaft übergehen. Marxisten sind dagegen der Ansicht, dass es nach der Revolution zuerst einer Übergangsphase bedarf, um die letzten Überreste der bürgerlichen Gesellschaft loszuwerden – da man den Staatsapparat mit einem Dekret nicht aus der Welt schaffen kann, da man lebenslange kapitalistische Indoktrination nicht über Nacht überwinden kann.

Diese Anstrengungen können nicht nur auf lokaler Ebene organisiert werden. Um eine Revolution gegen konterrevolutionäre Umsturzversuche von Innen und Außen zu verteidigen, aber auch um die Revolution weiter auszubreiten, braucht man zentrale Organisation, also einen Staat der ArbeiterInnen.

Der Staat

Bisher dienen die Institutionen des Staates – das Militär, die Polizei, die Gesetze und Gerichte – zur Unterdrückung der Mehrheit durch die herrschende Minderheit.

Jedoch wenn die ArbeiterInnen, die Mehrheit die alte Staatsmacht zerschlagen und eine neuartige schaffen, so müssen sie diese einsetzen, um nun ihrerseits die kapitalistische Minderheit zu unterdrücken. Sie müssen die Produktionsmittel verstaatlichen d.h. das gesamte Eigentum, auf dem die Macht der Kapitalisten beruht, unter Kontrolle der Arbeiter stellen.

Durch ihre Enteignung gehen die Kapitalisten nach und nach in die Arbeiterklasse über, da sie ohne private Produktionsmittel keine ökonomische Macht mehr ausüben können. Im Laufe von diesem Prozess und die Aufgabe des Arbeiterstaates erfüllt ist, wird er nach und nach überflüssig und macht endgültig der kommunistischen Gesellschaft Platz.

Da sich Anarchisten als Feinde jeder Art von Herrschaft sehen, lehnen sie schon aus Prinzip auch den Arbeiterstaat ab. In einer revolutionären Situation, in der die gestürzten Herrscher mit allen Mitteln und mit Hilfe anderer, immer noch kapitalistischer Staaten

versuchen, ihre Macht zurückzuerlangen, ist es jedoch unerlässlich, dass sich die ArbeiterInnen mit Hilfe ihres eigenen Staates verteidigen.

Ebenso wie der Staat ist für Anarchisten auch eine Partei in jedem Fall ein autoritäres und undemokratisches Gebilde. Aber jede Organisation der Arbeiterbewegung (auch solche, die sich auf anarchistische Ideen berufen) brauchen „Autorität“, um eigene Aktionen durchzuführen. Möchte man einen Streik organisieren, so müssen die Beschlüsse der Mehrheit (dass man in den Streik tritt) gegen den Willen der Minderheit (dass man weiterarbeiten will) durchgesetzt werden. Eine Revolution an sich ist autoritär, weil man damit den Willen einer Mehrheit gegen die Minderheit durchsetzt.

Die Planwirtschaft

Ein weiterer Unterschied zwischen der anarchistischen und kommunistischen Strategie liegt in der Art und Weise, wie die Produktion in der der zukünftigen Gesellschaft organisiert sein soll. Während Kommunisten eine zentralisierte Großproduktion anstreben, schwebt den meisten Anarchos eine dezentralisierte Kleinproduktion vor.

Die Überwindung der bestehenden Gesellschaft soll jedoch nicht nur das unterdrückerische Verhältniss zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter abschaffen, sondern auch die wirtschaftliche Produktivität der Gesellschaft steigern, um die notwendige Arbeitszeit für jeden Einzelnen auf ein Minimum zu reduzieren. Eine solche Produktivitätssteigerung ist nur durch demokratisch kontrollierte, planmäßige und zentralisierte Großproduktion denkbar.

Die Anarchisten befürchten, dass die Zentralisation der Wirtschaft wiederum zu einer Konzentration von ökonomischer Macht führt, welche missbraucht werden kann. Deswegen streben sie meist eine Kommunenwirtschaft an, in der freie Kleinproduzenten durch Verträge und Vereinbarungen miteinander verbunden sind. Diese ist aber keinesfalls fortschrittlicher als das bisherige kapitalistische Wirtschaftssystem – Die kapitalistische Gesellschaft hat durch die internationale Arbeitsteilung und -planung ihre Produktion schon geradezu zentralisiert, um wirtschaftlich effizienter zu sein.

Zum einen ist diese Kommunenwirtschaft wohl eher unproduktiver als die heutige Gesellschaft, zum anderen stehen sich in ihr die einzelnen ProduzentInnen auch wieder als KonkurrentInnen gegenüber. Die diesem Punkt aus wäre die Restauration des Kapitalismus nur einen kleinen Schritt entfernt.

Dieses A-Zeichen bedeutet eine radikale Ablehnung der herrschenden Verhältnisse und der reformistischen Parteien und des Stalinismus. Aber um ein globales System zu überwinden, braucht man eine Strategie und nicht nur ein solches Zeichen.

Rassismus – hahaha?

12 Tote in Afghanistan, 11 Tote in Libyen, 45 in Nigeria. Die dänische Botschaft in Beirut abgefackelt, das Goethe-Institut in Ramallah verwüstet. Alles nur wegen ein paar Karikaturen? Geht es überhaupt um diese Zeichnungen oder eher um...

PRESSEFREIHEIT? RASSISMUS?

Am 30. September 2005 hat Dänemarks größte Tageszeitung, die Jyllands-Posten, Karikaturen von Mohammed veröffentlicht. Mohammed trägt eine Bombe als Turban, Mohammed heißt Selbstmordattentäter im Paradies willkommen – insgesamt zwölf Karikaturen, die alle Muslime mit Terroristen gleichsetzen.

Diese Provokation gegen die muslimische Bevölkerung Dänemarks ging zunächst nicht auf. Obwohl die Redakteure sich extra an die Moscheen gewendet hatten, blieben deren Proteste klein und gemäßigt. Erst als dänische Imame durch den Nahen Osten reisten und die dänische Regierung sich weigerte, mit Botschaftern aus verschiedenen arabischen Staaten zu reden, kam es zu den Massenprotesten von Muslimen rund um die Welt, die bisher mindestens 139 Tote gefordert haben.

Die Veröffentlichung der Karikaturen wird im Namen der Pressefreiheit gerechtfertigt. In den westlichen Demokratien, so lernt man es in der Schule, kann jeder Mensch alles veröffentlichen, was er will. Aber gewisse Grenzen sind nicht zu übersehen – so hat sich etwa die freiheitsliebende Jyllands-Posten geweigert, Karikaturen über Jesus zu drucken, aus Angst vor einem Aufruhr der christlichen Mehrheit im Land.

Auch in den USA ist die Pressefreiheit kein absolutes Gut. Als die rechte Tageszeitung Washington Post eine Karikatur veröffentlichte, die sich mit der Behandlung von verwundeten US-Soldaten auseinandersetzte, erhielten sie einen Protestbrief des Generalstabs; Und Fälle, wo der US-amerikanische Staat Kunstwerke, die sich über Jesus lustig machen, zu unterdrücken versucht, gibt es tausendfach. Diese Pressefreiheit der westlichen Welt ist ein besonderes Recht der wirtschaftlichen Elite, der selbstverständlich die Presse gehört.

Schon Lenin meinte, dass die bürgerliche Pressefreiheit nichts anderes sei als die Freiheit der Bürgerlichen, die Presse zu besitzen: *„Was für eine Freiheit ist das? Die Freiheit, Tonnen von Papier zu kaufen und Horden von Schmierern anzustellen? Diese Pressefreiheit ist der Sklave des Kapitals!“*

Als RevolutionärInnen verteidigen wir alle demokratischen Rechte in dieser Gesellschaft und lehnen jede Zensur ab. Solche rassistische Provokationen müssen politisch – durch eine antirassistische Bewegung – und nicht juristisch – durch staatliche Verbote – bekämpft werden! Wir lehnen jedes Gesetz zur Einschränkung der Meinungsfreiheit ab, da solche Gesetze in der Regel gegen linke AktivistInnen zum Einsatz kommen. Man kann sich leicht vorstellen, dass ein Religionsgesetz eher gegen antikirchliche AktivistInnen als gegen den Axel-Springer-Verlag angewendet würde.

In Dänemark wie in jedem europäischen Land sind MigrantInnen systematischer Diskriminierung ausgesetzt. Für viele von ihnen ist ihre Religion ein wichtiger Identifikationspunkt, weil sie als Muslime angegriffen werden und sich als solche zur Wehr zu setzen versuchen.

Die Jyllands-Posten, die schon in den 30er Jahren Hitler und Mussolini lobte, gehört zu den loyalsten Unterstützern der rechten dänischen Regierung und trägt zur hysterischen Stimmung gegen MigrantInnen bei. Die Regierung Rasmussen schaffte den Sprung an die Macht auch durch eine rassistische Kampagne gegen Einwanderung.

Seit Mitte der Neunziger werden die Sozialsysteme auch in Dänemark abgebaut: Aushöhung des Kündigungsschutzes, Zwangsvermittlung für Arbeitslose, Kürzungen bei der Bildung und im Gesundheitswesen – nicht viel anders als in der BRD.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über den Sozialabbau lenken die Herrschenden auf MigrantInnen, die angeblich für die soziale Misere verantwortlich sind. So wurde seit dem Amtsantritt der rechten Regierung 2001 die Einwanderungspolitik extrem verschärft: Wer Staatsbürger werden will, muss Integrationskurse besuchen und Loyalitätserklärungen unterschreiben, und die Sozialhilfe für Flüchtlinge wurde auf ein Minimum reduziert.

Zu all diesen Maßnahmen lieferte die Jyllands-Posten die Begeleitmusik: unglaubliche Artikel über „kriminelle Ausländer“, erfundene Statistiken über EinwandererInnen, die „den Dänen die Arbeitsplätze wegnehmen“ usw.

Die wahren Hintergründe lieferte der Kulturredakteur der Jyllands-Posten: *„Die Leute sind nicht mehr bereit, Steuern zu zahlen, um jemand namens Ali, der aus einem Land mit einer anderen Sprache und Kultur von 5.000 Meilen entfernt kommt, zu unterstützen.“* Die Karikaturen sind also da, um Stimmung gegen diesen Ali ohne Nachnamen zu machen.

Auch international betreibt die dänische Regierung eine Politik, die gegen Nicht-EuropäerInnen gerichtet ist. Dieses ach so friedliche, liberale Land stellt rund 550 Besatzungssoldaten im Irak.

In Afghanistan kam es zu Protesten vor Militärbasen der Besatzerkoalition ISAF, zu denen auch norwegische Soldaten gehören. Dass norwegische Truppen überhaupt in Afghanistan präsent sind, zeigt, dass die rassistische Politik der norwegischen Regierung vor der Veröffentlichung der Karikaturen in einer Osloer Zeitung existierte.

Auch ein provokativer Fernsehauftritt des italienischen Reformministers, bei dem er ein Shirt mit Karikaturen trug, hat Proteste ausgelöst. Dass diese ausgerechnet in Libyen stattfanden (und nicht etwa in Malaysia) ist durch die blutige Kolonialgeschichte Italiens in der Region zu erklären.

RELIGION?

Die Proteste wurden verursacht durch verschiedene Provokationen: Rassismus, Krieg, Besatzung. Aber sie wurden von religiösen Konzepten ausgelöst und muslimische Geistliche angeführt.

Die Islamisten konnten in vielen Teilen der Welt die Führung von antiimperialistischen Kämpfen an sich reißen. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und der stalinistischen Parteien in der „Dritten Welt“ war für viele nationale Befreiungsbewegungen jeder Ansatz von Internationalismus, jede Hoffnung auf Sozialismus vom Tisch. An deren Stelle traten in vielen Ländern Vorstellungen von Nationalstaaten und theokratische Diktatur.

Religion ist ein Geschöpf der Hoffnungslosigkeit. Die Versprechen vom ewigen Leben im Paradies klingen v.a. für jene gut, die vom „Diesseits“ nichts zu erwarten haben. *„Religion ist der Seufzer der unterdrückten Geschöpfe, das Herz einer herzlosen Welt und die Seele in seelenlosen Bedingungen“*, schrieb dazu einst Karl Marx.

Ein zentrales Anliegen der revolutionären Bewegung in aller Welt ist es, den Einfluss der Religion auf die Unterdrückten zurückzudrängen. Ein Mensch, der alles in Gottes Händen lässt, kann nicht gut für die eigene Befreiung kämpfen.

Aber Religion kann man nicht allein durch Aufklärung – und schon gar nicht durch beleidigende Karikaturen – zurückdrängen und überwinden. Diese bewirken genau das Gegenteil: sie stärken den Zusammenhalt religiöser Minderheiten, binden die Gläubigen an ihre Geistlichen und damit die Unterdrückten an ihre Herrscher.

Nur die Überwindung der Unterdrückung, dieser „seelenlosen Bedingungen“, wird den religiösen Wahn aus der Welt verbannen.

Der amerikanische wie der EU-Imperialismus sind nicht aufgrund der christlichen Religion oder „westlicher Werte“ in der Welt vorherrschend. Ihre Überlegenheit basiert auf wirtschaftlicher Stärke, die es ihnen ermöglicht hat, seit Jahrhunderten die Länder der „Dritten Welt“, darunter fast die gesamte muslimische Welt, ausplündern. Die herrschenden Klassen dieser Länder sind in dieses System integriert und spielen bei der imperialistischen Ausplünderung eine Vermittlerrolle. Ihre Politik, ob religiös oder nationalistisch verpackt, kann nicht aus der Abhängigkeit vom Imperialismus herausführen.

Denn der Imperialismus kann nicht durch den „wahren Propheten“ gestürzt werden – das vermag nur der gemeinsame Kampf der ArbeiterInnen und Unterdrückten in den muslimischen wie in den westlichen Ländern. Religion und Nationalismus trennen die Unterdrückten und ArbeiterInnen untereinander – aber Sozialismus verbindet!

von Huey aus Kreuzberg

Hamas & Kadima

Rechte Parteien im Vormarsch in Israel und Palästina

Den Ausgang der Wahlen für die palästinensische Autonomiebehörde hat niemand erwartet, die Wahlsieger erst recht nicht. Die islamistische Partei HAMAS gewann 76 Sitze im Parlament, eine absolute Mehrheit.

Die bis dahin regierende FATAH-Partei hatte aufgrund von Korruption und der Komplizenschaft mit der US-Regierung einen schlechten Ruf. Die HAMAS erschien wegen ihrer angeblichen Kompromisslosigkeit gegenüber Israel als die vermeintlich einzig wirkliche Alternative.

Der Wahlsieg einer solchen Partei ist durch die zunehmende Armut und Perspektivlosigkeit der palästinensischen Massen zu Stande gekommen. Es ist kein Zufall, dass dort, wo die Misere am krassesten ist, die HAMAS auch die größte Unterstützung bekommt: Im Gaza-Streifen und in den Flüchtlingslagern der großen Städte. Die Politik der HAMAS wird die Situation mit reaktionären Gesetzen, die Frauen, Jugendliche und Nicht-Muslime benachteiligen, nur noch verschlechtern.

Wahlen in Israel

In zwei Wochen stehen auch in Israel Wahlen an. Die regierende Kadima-Partei, letztes Jahr vom sterbenden Patriarchen Israels Ariel Scharon gegründet, liegt in den Umfragewerten weit vorn. Aber seit dem Wahlsieg der HAMAS und der Verschärfung des Konflikts verspricht sich Kadima eine Mehrheit, wie es sie in den letzten Jahrzehnten in Israel nicht gegeben hat. Je schärfer der Konflikt, desto besser die Ergebnisse der rechten Parteien in Israel.

So liess der amtierende israelische Ministerpräsident Olmert ein Gefängnis in der palästinensischen Stadt Jericho stürmen. Diese Intensivierung der Kriegsstimmung liess seine Umfragewerte in die Höhe schiessen.

Auf Wahlkampfveranstaltungen macht Olmert klar, dass der Ariel-Block, eine israelischen Siedlung mit 30.000 EinwohnerInnen, die zwanzig Kilometer innerhalb der palästinensischen Grenze liegt, „für immer Teil des Staates Israel sein wird.“ Diese Bergfestung,

fast in der geographischen Mitte der West-Bank, soll durch eine Mauer an Israel angeschlossen werden, was die palästinensischen Gebiete zerstückeln und den seit fünfzehn Jahren versprochenen „palästinensischen Staat“ un-

denkbar machen würde.

In diesem Fall sieht man, dass die israelische Rechte und die palästinensische Rechte voneinander abhängig sind. Die Kadima braucht eine palästinensische Führung, die verzweifelten militärischen Widerstand gegen Israel betreibt und die Angst in der israelischen Bevölkerung auf die Spitze treibt. Die Hamas braucht eine israelische Führung, die das Leid in den besetzten Gebieten vergrößert und noch mehr Leute von den Sozialleistungen der Islamisten abhängig macht. Beide setzen auf „Separation“ – auf Trennung, auf nicht-Kontakt zwischen den Menschen aus Israel und Palästina.

Die USA und viele Staaten der EU drohen jetzt mit einer Isolierung der palästinensischen Regierung und einem Stopp der internationalen Almosen, von denen die palästinensische Bevölkerung abhängig ist. Diese Drohung ist verbunden mit der Forderung an die HAMAS, der Gewalt abzuschwören. Aber wer fordert von der israelischen Seite, dass die permanente Gewalt in den palästinensischen Gebieten, die seit 40 Jahren unter Besatzung stehen, beendet wird? Im „Kampf gegen den Terrorismus“ ist das, was Staaten machen, generell erlaubt.

Proteste in Bilin

Die israelische und die palästinensische Rechte stützen sich praktisch gegenseitig. Revolutionäre SozialistInnen in Israel und Palästina müssen gemeinsam kämpfen, um den Konflikt und das kapitalistische System zu überwinden. Die Ansätze dafür sind klein, aber bemerkenswert. So hat selbst die Tochter von Olmert an palästinensischen Demos teilgenommen!

In den letzten Wochen wurde im palästinensischen Dorf Bilin, das durch den Bau der Mauer zweigeteilt werden soll, die erste palästinensische „Siedlung“ der Geschichte gebaut. Um gegen den laufenden Bau von bis zu 800 Wohnungen in einer benachbarten israelischen Siedlung zu protestieren, haben die EinwohnerInnen Bilins auf der anderen Seite der Mauer zwei kleine Häuschen errichtet.

Das kam nur zu Stande, weil palästinensische und israelische AktivistInnen gemeinsam gekämpft haben. Genauso wie die BewohnerInnen eines kleinen Dorfes zusammen mit israelischen AnarchistInnen durch gemeinsame Proteste kleine Häuschen bauen können, so können die ArbeiterInnen Israels und Palästinas durch eine gemeinsame revolutionäre Bewegung die Trennung überwinden.

von Wladek aus Kreuzberg



Nachruf auf einen Lebenden

Wenn ein Bulldozer zur Ruhe gebettet wird, trauert man nicht. Warum sollte man also trauern, wenn eine der blutbeflecktesten Gestalten der Geschichte vor dem Ableben steht?

Nach seiner schweren Krankheit wird Ariel Scharon nicht mehr in die Politik eingreifen können. Dies ist kein Grund zum Feiern – schließlich sind Reaktionäre ersetzbar –, genauso wie es kein Grund für Mitleid darstellt. Müsste man das Leben des Königsfalken mit zwei Worten charakterisieren, so wären diese Kriegsverbrecher und Korrupter.

1953 führte er als Kommandeur einer militärischen Spezialeinheit einen Pogrom im kleinen Dorf Qibya durch, bei dem 60 PalästinenserInnen starben. 1982 gestattete er der faschistischen Falange-Miliz das Abschlagen von 328 palästinensischen Flüchtlingen im Libanon. Sein Weg durch Militär und Politik ist mit Leichen – sowohl Israelis wie PalästinenserInnen – gepflastert. Um die Wahlen im Jahr 2000 zu gewinnen, hat er mit seinem Besuch des Tempelberges bewusst die zweite Intifada provoziert. Die paar Stimmen waren für Sharon Tausenden von Toten wert.

Als Politiker gehörte er zu den reaktionärsten der Geschichte Israels. Er ist verantwortlich für den Zusammenbruch der palästinensischen Autonomie, den größten Sozialabbau seit Gründung des Staates und den Bau einer Trennungsmauer rund um die palästinensischen Gebiete.

Die gegenwärtige Mystifizierung seiner Gestalt steht im krassen Widerspruch zu seinem wirklichen Leben. Was hat dieser Mann Positives für die Welt getan? Die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen? Wer hat diese Siedlungen erst errichtet? Die Verteidigung des Staates Israels? Wer hat die Gewalt geradezu durch ständige Provokationen angestiftet?

Das letzte Kapitel von Scharons Biographie kann schon jetzt geschrieben werden, es sollte mit den Zeilen enden: Seine maßlose Gefräßigkeit hat ihn getötet. Es starb ein Mann, der nur durch seine korpulente Gestalt Größe besaß.

von Okko aus Prenzlauer Berg



Preis: Spende. Was hast du so dabei? 50 Cent?
1 Euro wäre cool. Aber 30 Cent reichen auch.

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 16

Freiheit für Mário Bango!

Vor der slowakischen Botschaft in der Friedrichstraße in Berlin demonstrierten am Samstag, den 11.03. rund 25 Personen für die Freilassung Mário Bangos. Mario, ein 23jähriger Roma aus dem slowakischen Bratislava, sitzt seit fünf Jahren im Gefängnis, weil er sich gegen einen Naziangriff zur Wehr gesetzt hat.

Die Kundgebung setzte sich deshalb mit dem Recht auf Selbstverteidigung auseinander. Mit Flyern auf Deutsch und Englisch bekam auch das touristische Publikum Denkanstöße, wie menschlich sich bei einer Bedrohung oder einem Übergriff durch Rechtsextreme verhalten sollte.

In kurzen Aufführungen auf der Straße wurden verschiedene Situationen dargestellt, die alternative Jugendliche und MigrantInnen jeden Tag in Berlin erleben. Wenn einem/r ein Nazi entgegenkommt: Wie soll man nach Hil-

fe rufen? Wie kann man einen tätlichen Angriff abwehren? Wie kann man einen stärkeren Angreifer in Schock versetzen? In der Simulation benutzten wir uns eines Autoschlüssels, Hackenschuhe, Pfefferspray usw..

Ein Recht auf Notwehr ist in der deutschen wie auch in der slowakischen Gesetzgebung verankert. Doch als Mário am 10. März 2001 einen faschistischen Übergriff auf seinen Bruder abgewehrt hat, wurde ihm dieses Recht aberkannt. Stattdessen wurde er wegen "versuchten Mordes" zu 10 Jahren Haft verurteilt. Daher die Parole: "Notwehr ist kein versuchter Mord - Freiheit für Mário, jetzt sofort!"

Dieses Urteil basiert auf staatlichem Rassismus und zeigt deutlich die rechtliche Diskriminierung von Roma in der Slowakei. Schon vor dem Prozess gab es eine mediale Hetzkampagne gegen Mário und seinen Bruder: die beiden Roma seien nur Taschen-

diebe, die der "stolze Patriot" (und bekannter Nazi-Skinhead) aufhalten wollte. Deshalb forderte die Kundgebung vor der slowakischen Botschaft gleichzeitig ein Ende staatlicher Unterdrückung aller Art gegen die Roma.

Während der Kundgebung fuhr der ägyptische Staatspräsident Mohammad Mubarak in einem Konvoi vorbei. Da konnten die KundgebungsteilnehmerInnen die Gelegenheit nutzen, um gegen das Massaker an sudanesischen Flüchtlinge in Kairo im Dezember 2005 zu protestieren und Freiheit für alle politischen Gefangenen in Ägypten zu fordern.

Es war trotz des ununterbrochenen Schneesfalls die bisher größte Aktion, die in Berlin für Mário stattgefunden hat. Im Anschluss haben alle DemonstrantInnen eine Karte für Mário unterschrieben, um ihre Solidarität auszudrücken und ihn zu unterstützen. Zum fünften Jahrestag des Angriffs auf Mário fanden auch andere Aktionen statt: zum Beispiel wurde am Mittwoch das slowakische Kulturinstitut in Berlin kurzzeitig besetzt. (<http://de.indymedia.org/2006/03/140910.shtml>)

Die Free-Mario-Kampagne bedankt sich bei allen, die im Schnee an der Kundgebung teilnahmen. Jetzt geht es darum, große Demonstrationen am 18.3. zu veranstalten, und Freiheit nicht nur für Mário, sondern für alle politische Gefangenen zu fordern!

www.freemario.de



www.onesolutionrevolution.de